

Statement zum „Ratschlag Strategien im Umgang mit Antifeminismus“

Jahrestagung der Fachgesellschaft Gender Studies, Bielefeld, 14.2.2015

Anneliese Niehoff

*Referat Chancengleichheit/Antidiskriminierung, Universität Bremen und Vor-
stand Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungs-beauftragten an Hoch-
schulen (BuKoF)*

In Vorbereitung auf den Ratschlag hat die BuKoF eine einfache Umfrage zum Thema initiiert. Daran haben sich 23 Hochschulen beteiligt. Vorsichtige Tendenz: Für viele Geschlechterpolitiker_innen an Hochschulen hat sich die Situation in den letzten 2-3 Jahren nicht explizit verschärft. Die antifeministischen Einwände gegenüber Geschlechter-/Genderforscher_innen werden allerdings achtsam und solidarisch wahrgenommen.

Grundsätzlich gehört es zur alltäglichen Arbeit der Geschlechterpolitiker_innen, professionell mit Diskriminierungen ihrer Tätigkeit in Form von Abwertungen, Ausgrenzungen, Ignoranz, verbalen Beleidigungen u.ä. umzugehen, die jeweiligen strukturellen Rahmenbedingungen und die eigenen Handlungsstrategien zu reflektieren. Hierbei haben supervisorische Begleitung, Vernetzung in der eigenen Hochschule sowie die Landes- und Bundesvernetzung der Geschlechterpolitischen Akteur_innen zentrale Funktionen.

Themen antifeministischer Einwände (lt. Umfrage)

- Männer würden durch gezielte Frauenförderung aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, da sie von den Angeboten ausgeschlossen würden. Frauen dagegen würden über-bevorzugt, z.B. durch Fristverlängerungen oder andere Maßnahmen bei Schwangerschaft oder als Mütter.
- Der Umfang und die Ausstattung der Projekte für Wissenschaftlerinnen und Studentinnen oder für Einrichtungen, die sich mit Chancengleichheit/ Geschlechtergerechtigkeit befassen, seien zu groß, es würden Steuern verschwendet.
- Frauenförderung widerspreche dem Leistungsprinzip (Gleichstellung als Qualitätsverlust)
- Geschlechtergerechte Sprache wäre „zu viel“ und wird als störend oder lästig empfunden.
- Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte werden als störend empfunden. Es wird das Klischee von einer gereiztem und humorlosem Frauen- /Gleichstellungsbeauftragten reproduziert.
- Forschung müsse frei von Vorschriften agieren können. Dies betreffe z.B. auch Selbstverpflichtungen für geschlechtersensible Forschung.

Umgangsstrategien (lt. Umfrage)

Einige dieser Diskussionen via E-Mail oder Post werden vermeintlich auf der Sachebene geführt, andere zielen unmittelbar auf persönliche verbale Angriffe ab. Einstimmig als Erfahrung formuliert wird (sofern vorhanden), dass (teilweise anonyme) Nachrichten, vor allem in digitalen sozialen Netzwerken oder Artikel in Blogs sehr viel drastischer seien als in Mails oder Briefpost. Hier seien häufiger Drohungen, unsachliche Diskussion und bloße Hassschriften zu erwarten und zu finden.

Diesen verbalen Angriffen wollen viele kein Forum bieten und verzichten so weitgehend auf die Präsenz in sozialen Medien und gehen auf solche Äußerungen nicht ein. Diejenigen, die sich zum Thema „Kommunikationsplattformen“ äußern, erläutern, welchen Aufwand sie treiben, um Webauftritte zu kontrollieren und Anfeindungen schnell und direkt anzufechten zu können. Dieser Aufwand ist dann erfolgreich, wenn die betroffenen Stellen eng mit anderen Stellen in der Hochschule oder Landespolitik vernetzt sind.

Gleichstellungs- und genderforschungskritische Positionen im Internet finden sich bei spontanen „Shitstorms“ in sozialen Netzwerken oder aber in systematischerer Form auf Blogs. Teilweise sind Kritiker_innen in losen Zusammenschlüssen, spontanen Gruppierungen oder gar in Vereinen aktiv, die dementsprechend geschlossen auftreten und auch teils recht gut besuchte Informationsveranstaltungen durchführen oder Informationsmaterial verteilen. Von den an der Umfrage Beteiligten wollte niemand an solchen Veranstaltungen teilnehmen, um diesen kein Forum zu bieten oder als „Sparringspartner_in“ aufzutreten. Gegen derartige Veranstaltungen, so die Rückmeldung, positionieren sich teilweise sehr deutlich einzelne Fakultäten. Auch gibt es oft eine rege Beteiligung von kritischen Studierenden, die sich im Vorfeld organisieren und sich aktiv und kritisch bei den Veranstaltungen einbringen.

Als Gegenmaßnahmen unterstreichen viele, dass ein Großteil der eingehenden anonymen Anfeindungen oder Beschwerden kommentarlos gelöscht würde. Lediglich in Einzelfällen werde inhaltlich sehr knapp geantwortet. Viel eher geschähe die Kommunikation koordiniert nach außen und über offizielle Kanäle der Pressemitteilungen, Infomaterial oder Stellungnahmen im Namen der jeweiligen Fachbereiche oder Hochschulen. Besonders drastische Fälle gehen bei Bekanntheit der Absender_innen sowohl an entsprechende Leitungsorgane als auch an zuständige Abteilungen, wie etwa die jeweilige Rechtsabteilung. Anfragen nach Rechtfertigungen oder Stellungnahmen von Einzelpersonen werden, wenn nur knapp beantwortet.

Teilweise werden gender- oder gleichstellungskritische Aussagen aber auch individuell, je nach Situation, gekontert. Hinsichtlich der Kritik an Umfang und Größe von frauenfördernden Maßnahmen habe es sich bewährt, auf die gesetzlichen und prinzipiellen Grundlagen von Frauenförderung, Antidiskriminierung und Gleichstellung hinzuweisen. Ebenso sei die Innovation und Impulskraft vieler Projekte gegeben und herauszustellen.